ANTRAG

Gremium: *Mitgliederversammlung*

Beschlussdatum: *08.02.2025*

Tagesordnungspunkt: *14 Inhaltliche Anträge*

P4NEU: Wahlprogramm 2025 - Bundesprogramm Privatuniversitäten

Antragstext

UNSERE VISION FÜR EIN STUDIUM, DAS ZU DIR PASST – UNSER PROGRAMM FÜR PRIVATUNIVERSITÄTEN

Privatuniversitäten sind seit Jahren ein wichtiger Teil des Hochschulsystems und ziehen immer mehr Studierende an. Das zeigt: Studierende sind bereit, in ihre Ausbildung zu investieren, wenn Qualität und Service stimmen. Aber auch Privatuniversitäten sind mit gesellschaftlichen Herausforderungen konfrontiert – von der digitalen Transformation bis hin zur Inflation. Die jüngsten Skandale rund um die Anton-Bruckner-Privatuniversität in Linz und die Modul-Privatuniversität in Wien haben deutlich gezeigt: JETZT ist der Moment für echte Veränderungen! Du verdienst eine Privatuniversität, die ihrem Namen gerecht wird – mit transparenter Finanzierung, der Berücksichtigung bei bildungsstrategischen Planungen und einer eigenständigen privaten Finanzierung, unabhängig vom Staat.

DU VERDIENST NUR DAS BESTE! Gemeinsam können wir diese Vision Realität werden lassen. Unsere Konzepte dazu findest du hier in unserem Wahlprogramm:

1. TRANSPARENZ UND KONTROLLE IN DER FINANZIERUNG

Die Finanzierung von Privatuniversitäten erfolgt in Österreich hauptsächlich über Gelder von Ländern und Gemeinden. Nur wenige Hochschulen finanzieren sich tatsächlich privat. Es gibt jedoch trotz dessen kaum gebündelte, nachvollziehbare Daten und Kennzahlen über die budgetäre Lage der Privatuniversitäten und anderer wichtiger Faktoren. Für den Bund bzw. das Wissenschaftsministerium ist es somit unmöglich diese in der jetzigen Form in einen zentralen Hochschulplan einzubeziehen.

Wir, Junge Liberale Studierende, fordern daher eine nachvollziehbare und einsichtige Finanzierung von Privatuniversitäten. Die Vergabe von öffentlichen Mitteln hat transparent, nach klar definierten und nachvollziehbaren Kriterien zu erfolgen und ist verbindlich in die bundesweite Transparenzdatenbank einzutragen.

Darüber hinaus ist es essenziell, dass die Bereitstellung öffentlicher Gelder auch mit einer konsequenten Kontrolle durch die öffentliche Hand einhergeht. Ein Negativbeispiel hierfür ist die Anton Bruckner Privatuniversität in Linz: Ein Bericht des Landesrechnungshofs aus dem Jahr 2024 deckte schwerwiegende Mängel im Management auf, einschließlich der zweckwidrigen Verwendung von Mitteln. Im Jahr 2023 lagen die Ausgaben dieser Privatuniversität bei rund 21,4 Millionen Euro, von denen etwa 94 Prozent aus Zuschüssen des Landes stammten. Doch trotz dieser großzügigen Mittel klaffte ein Defizit von 1,5 Millionen Euro, das von der Landesregierung zu kaschieren versucht wurde, indem die fehlenden Mittel einfach nachgeschossen werden sollten.

Forderungspunkte:

- Transparenz in der Finanzierung der Privatuniversitäten

- Länder und Gemeinden, die Privatuniversitäten mit staatlichen Mitteln finanzieren, müssen in die Verantwortung gezogen werden, die Mittelverwendung verpflichtend durch unabhängige Institutionen (z.B. Rechnungshöfe) regelmäßig zu prüfen

2. EINBEZIEHUNG IN DEN ZENTRALEN HOCHSCHULPLAN

Sofern in Zukunft ausreichende Transparenz gegenüber dem Bund gegeben ist, spricht vieles dafür Privatuniversitäten in den zu entwickelnden zentralen Hochschulplan verstärkt einzubeziehen. Dies soll zu einer verstärkten Kooperation und damit Effizienz unter den Hochschultypen führen, sowie eine ganzheitliche Planung des Wissenschaftsministeriums ermöglichen.

Forderungspunkt:

- Stärkere Einbeziehung von Privatuniversitäten in den zentralen Hochschulplan

3. ECHTE PRIVATUNIVERSITÄTEN

Wir JUNOS Studierende glauben nicht, dass die jetzige Praxis der undurchsichtigen öffentlichen Finanzierung rein rechtlich, aber nicht faktischer Privatuniversitäten durch Länder und Gemeinden einen Mehrwert für den Hochschulsektor erbringt. Der Begriff „privat“ bezieht sich bei diesen Hochschulen lediglich auf die privatrechtliche Beziehung zwischen Studierenden und Hochschulen, die durch Ausbildungsverträge und Studiengebühren geregelt wird. Tatsächlich werden 10 der 19 Privatuniversitäten in Österreich maßgeblich von staatlichen Mitteln. Dies führt dazu, dass oft regionale Interessen oder kurzfristige politische Ziele bedient werden, ohne auf eine effiziente und langfristig sinnvolle Vergabe der Mittel zu achten. Zudem untergräbt diese Praxis die Bundeskompetenz im Bereich der Wissenschaft und Forschung.

Aus diesen Gründen sprechen wir uns dafür aus, dass Privatuniversitäten in Zukunft mindestens zu 51% aus privaten Mitteln finanziert werden. Langfristig ist das Ziel ein kompletter Abbau staatlicher Finanzierung von Privatuniversitäten.

Forderungspunkte:

- Finanzierung (mindestens 51%) der Privatuniversitäten aus privaten Mitteln

- Langfristig kompletter Abbau staatlicher Finanzierung von Privatuniversitäten